

Die Atombombe, das Misstrauen und der Gesichtsverlust

Gegenüber dem Plan eines umfassenden Nuklearabkommens mit Iran ist Skepsis angebracht

In Wien findet eine weitere Gesprächsrunde zu Irans Atomprogramm statt. Teheran wünscht eine baldige Aufhebung der Sanktionen, Washington einen endgültigen Verzicht auf den Bau der Atombombe. Kompromisse dürften schwierig sein.

Oliver Thränert

Die Charmeoffensive des iranischen Präsidenten Rohani zeigt Wirkung. Schon pilgern westliche Manager in Erwartung einer baldigen Beendigung der Sanktionspolitik nach Teheran, um sich in Anbetracht des mehr als attraktiven iranischen Markts in eine möglichst gute Startposition zu bringen. In der Tat gibt es gute Gründe, den Paria-Status Irans bald ad acta zu legen. Dazu gehört das gemeinsame westlich-iranische Interesse, der Ausbreitung sunnitisch-radikaler Kämpfer im Mittleren Osten Einhalt zu gebieten. Für den amerikanischen Präsidenten Obama wäre eine Annäherung an Iran basierend auf einer Einigung im Atomstreit ein wichtiger aussenpolitischer Erfolg – angesichts der bisher mageren Bilanz seiner Präsidentschaft ein wichtiges Motiv. Zudem sind die früher engen amerikanischen Bande mit Staaten der Region wie Ägypten infolge der Ereignisse des «arabischen Frühlings» arg gelockert worden. Zeit also, sich nach neuen Partnern umzusehen. Das iranische Regime seinerseits scheint seine Lektion insofern gelernt zu haben, als der Niedergang der Wirtschaft unbedingt gestoppt werden muss, soll das Überleben des Regimes gesichert werden. Dafür ist die Lockerung der internationalen Sanktionen dringend erforderlich.

Kein Verzicht auf Bombe

Doch bevor die Gedanken in die Tat umgesetzt werden können, muss der Streit um das iranische Atomprogramm gelöst werden. Mag mancher westlicher Beobachter auch bedauern, wie sehr dieses Thema die Agenda mit Iran dominiert – sollte Iran nicht auf dem Weg zur Bombe gestoppt werden, gibt es keine durchgreifenden und nachhaltigen Fortschritte.

Mit der vorläufigen Genfer Einigung zwischen den E-3 / EU plus 3 und Iran vom November vergangenen Jahres scheint der Weg bereits geebnet. Doch Skepsis ist geboten. Bei vier zentralen Fragen ist eine grundlegende Einigung erforderlich: dem künftigen Umfang des iranischen Atomprogramms; der internationalen Kontrolle der entsprechenden Projekte; der Dauer der Vereinbarung; der Aufhebung der gegen Iran gerichteten Sanktionen. Auf allen Feldern liegen beide Seiten noch weit auseinander, und wie so häufig steckt der Teufel im Detail.

In der Interimsvereinbarung vom November 2013 verpflichtet sich Iran, sein Urananreicherungsprogramm weitgehend einzufrieren. Zudem will es seinen gesamten Bestand an auf 20% angereichertem Uran umwandeln. Der Bau eines Schwerwasserreaktors soll ebenfalls grösstenteils ausgesetzt werden. So erfreulich aus westlicher Sicht diese Schritte sein mögen – sie waren selbst von optimistischen Experten so nicht erwartet worden –, sie sind allesamt in kurzer Zeit umkehrbar. Eine strategische Entscheidung, auf die Option zum Bau der Bombe zu verzichten, scheint Iran nicht getroffen zu haben.

Das Gesicht wahren

In der Tat pocht Iran auf sein – ihm aus seiner Sicht zustehendes – Recht auf Urananreicherung. Auch wenn die Genfer Vereinbarung ein solches Recht nicht erwähnt, wird Teheran doch implizit zugestanden, auch künftig ein Urananreicherungsprogramm zu unterhalten. Angesichts des Prestiges, das Iran damit verbindet, sowie der enormen Ressourcen, die Teheran bereits investiert hat, ist eine andere Lösung auch



Satellitenaufnahme des iranischen Atommeilers in Bushehr.

DIGITALGLOBE/GETTY IMAGES

kaum vorstellbar. Bei jedem nachhaltigen Kompromiss muss Präsident Rohani die Chance haben, ihn innenpolitisch durchzusetzen. Dies gelingt nur, wenn Iran sein Gesicht wahren kann.

Doch welchen Umfang werden Irans Urananreicherungs- und Schwerwasserprogramme künftig haben dürfen? Die Obama-Administration strebt offenbar an, dass Irans Urananreicherung dauerhaft auf eine eher symbolische Grösse schrumpft. Dies ist insofern gut begründbar, als es keine überzeugende Legitimation für ein grösseres Programm zu zivilen Zwecken gibt. Iran erhält derzeit den Brennstoff für seinen einzigen Atommeiler in Bushehr von Russland. Zwar ist der Bau weiterer Kernkraftwerke geplant, aber bis sie fertiggestellt sind, werden viele Jahre vergehen (der Bau Bushehrs begann in den 1970er Jahren). Es gibt also keinerlei Erfordernis für Iran, Uran anzureichern, um daraus Brennstäbe für Kraftwerke herzustellen. Ähnliches gilt für die Urananreicherung auf 20%. Auch hier ist der iranische Bedarf – es geht um die Herstellung von Isotopen zu

medizinischen Zwecken in einem Forschungsreaktor – eher begrenzt. Fraglich ist jedoch, ob Iran aus den genannten Gründen der Gesichtswahrung, aber auch, weil militärische Optionen wohl möglichst aufrechterhalten bleiben sollen, bereit sein wird, ein Bonsai-Anreicherungsprojekt zu akzeptieren.

Hinsichtlich des im Bau befindlichen Schwerwasserreaktors von Arak dürfte Washington darauf dringen, ihn in einen Leichtwassertyp zu verwandeln. Während Schwerwasserreaktoren gut dafür geeignet sind, waffenfähiges Plutonium zu produzieren, gilt dies nicht in ähnlicher Weise für in friedlichen Programmen sonst übliche Leichtwasserreaktoren. Doch wäre ein solcher Umbau mit erheblichem Aufwand und Kosten verbunden, so dass erneut fraglich ist, ob Iran zu diesem Schritt bereit sein wird.

Problematisch dürfte überdies der gesamte Bereich der erforderlichen Kontrollen sein. Hier sollte man sich zunächst in Erinnerung rufen, dass die Krise rund um das iranische Atomprogramm überhaupt erst aufgrund der iranischen Intransparenz entstand. Weder

die Urananreicherungsanlagen noch der Schwerwasserreaktor wurden der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA), wie eigentlich nach dem Nuklearen Atomwaffensperrvertrag (Non-Proliferation Treaty, NPT) erforderlich, von Teheran gemeldet. Alle diese Anlagen sind nur deswegen bekannt, weil sie von Nachrichtendiensten aufgeklärt wurden.

Internationale Kontrollen

Laut der Genfer Vereinbarung ist Teheran bereit, umfassendere Informationen zu liefern und den IAEA-Inspektoren täglichen Zugang zu nuklearen Anlagen zu gewähren. Dies ist ohne Zweifel ein Schritt in die richtige Richtung. Ausreichend ist dies jedoch bei weitem nicht. Im Rahmen einer langfristigen Vereinbarung scheint Teheran bereit, das Zusatzprotokoll zu den Sicherheitsabkommen der IAEA umzusetzen. Dieses Protokoll, dem bereits mehr als die Hälfte der NPT-Mitgliedstaaten beigetreten ist, enthält umfassendere Meldepflichten als die ursprünglichen Siche-

rungsabkommen sowie einen erleichterten Zugang der Inspektoren. Mit diesem Protokoll hat die IAEA ihre Lehren aus den achtziger Jahren gezogen, als Saddam Hussein zwar Besuche in gemeldeten Einrichtungen zuließ, parallel dazu aber heimlich an der Bombe bastelte. Da das Zusatzprotokoll jedoch möglichst in allen NPT-Mitgliedstaaten angewandt werden soll – bei der überwiegenden Zahl von ihnen gibt es keinerlei Zweifel an ihrer Vertragstreue –, bleibt es mit Rücksicht auf nationale Souveränitätsinteressen in den Zugriffsmöglichkeiten begrenzt. Von einem «anytime, anywhere», also der Möglichkeit, zu jeder Zeit an jedem Ort Inspektionen durchführen zu können, bleibt es weit entfernt. Soll vermieden werden, dass Iran künftig dem Vorbild Saddams nacheifert und seine Urananreicherung an öffentlich nicht bekannte Orte verlegt, müssten die IAEA-Inspektoren – weit über das Zusatzprotokoll hinausgehend – Zugang zu nicht gemeldeten Einrichtungen erhalten. Eben darauf zielen die Obama-Administration sowie weitere Mitglieder der E-3 / EU plus 3 ab, ohne dass erkennbar ist, dass Iran zu einem solchen weitgehenden Schritt bereit wäre.

Aufhebung von Sanktionen

Längerfristiges Ziel ist es, dass Iran wieder zu einem normalen Mitglied der NPT-Gemeinde wird. Darin stimmen die E-3 / EU plus 3 und Iran überein. Doch wann ist dieser Zustand erreicht? Teheran strebt eine nur kurze Frist von wenigen Jahren an, während deren es zu noch zu klärenden Beschränkungen seines Nuklearprogramms sowie zu weitergehenden Kontrollen bereit wäre. Nach Ablauf dieser Frist wäre Iran frei, ohne jedes Limit Urananreicherung und Schwerwasserprojekte zu betreiben. Technisch wäre das Land dazu schnell in der Lage, da das Wissen ohnehin vorhanden ist und die entsprechenden Anlagen wieder in vollen Betrieb genommen werden könnten. Die Kontrollen könnte Iran auf die traditionellen, nicht-intrusiven Sicherheitsabkommen mit der IAEA zurückschrauben. Selbst das Zusatzprotokoll müsste Teheran nicht umsetzen, da dies kein integraler Bestandteil einer normalen NPT-Mitgliedschaft ist, sondern eine im Rahmen dieses Vertrages freiwillige Massnahme. Mit anderen Worten: Teheran würde die Option zum Bau der Bombe nicht grundsätzlich aufgeben.

Eben dies ist jedoch das Ziel Obamas sowie zumindest seiner westlichen Mitstreiter. Aus ihrer Sicht wäre eine Rückkehr Irans zu einem normalen NPT-Status erst möglich, wenn Iran über längere Zeit wieder Vertrauen bezüglich seiner Vertragstreue gebildet hat.

Erst dann wäre auch eine umfassende Aufhebung von Sanktionen möglich. Völlig unklar bleibt jedoch bis jetzt, wie die schrittweise Beendigung bestimmter Sanktionen an die Umsetzung von Vereinbarungen hinsichtlich des iranischen Atomprogramms gekoppelt werden soll. Auch ist eine ganze Reihe von Sanktionen seitens des amerikanischen Kongresses völlig unabhängig vom iranischen Atomprogramm unter anderem mit Blick auf iranische Menschenrechtsverletzungen verhängt worden. Insofern ist Präsident Obama gar nicht Herr im eigenen Hause; Stürmer von Iran-kritischen Kongressmitgliedern kann ihm immer wieder das Leben schwer machen.

Auch in Iran gibt es keineswegs nur Befürworter einer diplomatischen Beendigung des Atomstreits. Derzeit scheint es, als habe Präsident Rohani mit Blick auf die desaströsen Folgen der internationalen Sanktionen die Chance erhalten, nach für Iran akzeptablen Lösungen zu suchen. Doch ob Hardliner in Teheran wie Washington jemals bereit sein werden, an Kompromissen Interessierten die Chance zur Lösung der äusserst komplexen Fragen zu geben, erscheint zweifelhaft.

Oliver Thränert leitet den Think-Tank am Center for Security Studies der ETH Zürich.

Langwierige und zähe Verhandlungen erwartet

jpk. Genf · Am Dienstag haben in Wien die Verhandlungen zwischen den Veto-Mächten des Uno-Sicherheitsrates und Deutschland (P5+1) und Iran zur Ausarbeitung eines definitiven Abkommens zur Beilegung des Atomstreits begonnen. Eigentlich müssten die Verhandlungen innerhalb weniger Monate zu Ende geführt werden, da das im vergangenen November vereinbarte provisorische Abkommen nur eine Gültigkeit von sechs Monaten hat, doch wird in diplomatischen Kreisen mit langwierigen und zähen Verhandlungen gerechnet. Vertreter aller Parteien zeigten sich vor der Aufnahme der Verhandlungen denn auch skeptisch, ob überhaupt eine Einigung wird erreicht werden können.

Der iranische Revolutionsführer Khamenei hatte am Montag erklärt, die in Wien beginnenden Verhandlungen würden keinen Erfolg zeitigen können. Allerdings betonte Khamenei zugleich, dass sein Land an der Aufnahme der Gespräche in Wien interessiert sei und er persönlich nichts gegen die Fortsetzung der Verhandlungen einzuwenden habe. Gleichtags erklärte ein amerikanischer Diplomat in Wien, es sei äusserst ungewiss, ob die Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen werden könnten.

Gemäss der in Genf verabschiedeten provisorischen Vereinbarung soll das definitive Abkommen sicherstellen, dass Iran künftig über ein transparentes nukleares Anreicherungs-Programm mit

klaren Begrenzungen verfügt. Damit soll der friedliche Charakter des iranischen Atomprogramms sichergestellt werden. In dem Abkommen wird deshalb die Urananreicherung und damit auch die Zahl und Art der Zentrifugen, die dem Land zugestanden werden, eine zentrale Rolle spielen.

Teheran möchte möglichst alle der derzeit etwa 20 000 im Land vorhandenen Zentrifugen behalten und einen Teil des Bestandes in den kommenden Jahren auch erneuern können. Die P5+1 möchten Iran hingegen nur einige tausend Zentrifugen zugestehen, um sicherzustellen, dass das Land nicht innert weniger Monate genügend spaltbares Material anreichern kann, um eine Atombombe zu bauen.

Schwierige Verhandlungen werden auch zum Schicksal der derzeitigen Anreicherungsanlage von Fordo und zu dem im Bau befindlichen Schwerwasserreaktor von Arak erwartet. Die P5+1-Staaten fordern die definitive Schliessung von Fordo, Iran lehnt dies vermutlich auch aus Rücksichtnahme auf die Hardliner in den eignen Reihen ab. Deshalb wäre es nach Einschätzung von westlichen Diplomaten vermutlich am einfachsten, wenn man sich auf eine Umnutzung der Anlage einigen könnte.

Schwieriger ist die Lage im Fall des im Bau befindlichen Schwerwasserreaktors, der für die Herstellung von Plutonium verwendet werden kann. Die west-

lichen Staaten wären allem Anschein nach aber bereit, den Abriss der Anlage und die Ersetzung des Schwerwasserreaktors durch einen Leichtwasserreaktor zu finanzieren. Ob Teheran zu einer solchen Lösung bereit wäre, ist derzeit aber nicht klar.

Unklar beziehungsweise ungeklärt ist zudem auch die Dauer einer definitiven Vereinbarung. Die P5+1-Staaten drängen auf eine möglichst lange Geltungsdauer, im Idealfall wären dies 25 Jahre. Teheran versucht dagegen, die Geltungsdauer möglichst kurz zu halten, um nach Ablauf der Vereinbarung wie alle anderen Mitgliedstaaten des Atomwaffensperrvertrages ein eigenes Atomprogramm betreiben zu können. In dieser neuen Phase wäre es dem Westen dann nicht mehr möglich, die Zahl der Zentrifugen zu beschränken.

Falls die Verhandlungen trotz allen Schwierigkeiten und Unwägbarkeiten zur Zufriedenheit aller Beteiligten erfolgreich zu Ende geführt werden, könnte dies auch effektiv zu einem Neubeginn in den Beziehungen zwischen den westlichen Staaten und Iran führen. An einer solchen Entwicklung wären nicht nur die westlichen Staaten interessiert, sondern auch die westlichen Unternehmen. Bereits nach der Verabschiedung eines provisorischen Abkommens hatten zahlreiche Vertreter grosser Unternehmen begonnen, ihre Fühler in Richtung Iran auszustrecken.